

DAAD North America: Election Bulletin

Erstellt vom DAAD-Nordamerika-Team

12. Oktober 2024: *Vice-Presidential Debate*, das Wunder von Minnesota und indigene Sichtweisen auf die US-Präsidentschaftswahl

Am 1. Oktober trafen sich die Kandidaten J.D. Vance und Tim Walz zur **Vize-Präsidentschaftsdebatte** in New York, übertragen vom Fernsehsender CBS. Hauptthemen waren, ähnlich wie schon knapp einen Monat zuvor beim Aufeinandertreffen der Präsidentschaftskandidaten Trump und Harris, der Krieg in Nahost, Klimapolitik, Immigration, Wirtschaft, Abtreibungsrecht und Waffengesetzgebung. Das Thema Inflation zog sich dabei wie ein roter Faden durch die Debatte, verknüpft mit Themen wie Immobilienpreise, Gesundheitsfürsorge und Kinderbetreuung. Insbesondere diese Punkte wurden von Vance auf illegale Migration als vermeintliche Hauptursache zurückgeführt. Zudem wiederholte Vance das Argument, Harris sei bereits an der Macht und habe viele ihrer jetzigen Wahlkampfversprechen eigentlich bereits umsetzen können, dies aber nicht getan. Zudem habe sie zahlreiche der unter ihrem Gegner Trump eingeführten Neuerungen nicht revidiert. Walz wiederum stellte seine überparteilichen Vermittlerqualitäten unter Beweis und führte mehr als einmal seine Erfolgsbilanz als Gouverneur des Bundesstaats Minnesota zur Illustration heran. Für die Bereiche Wissenschaft und (Hochschul-)Bildung brachte die Debatte hingegen wenig neue Erkenntnisse, ebenso wenig wie Kamala Harris' Fernsehinterview beim investigativen Nachrichtenformat *60 Minutes*.

Matthias Rothe, Associate Professor und Direktor des Centers for German and European Studies der University of Minnesota, das Teil des weltweiten Netzwerks der DAAD-geförderten Zentren für Deutschland und Europastudien ist, nimmt in dieser Ausgabe **Walz' Politik in Minnesota** unter die Lupe. Außerdem lesen Sie einen Gastbeitrag von DAAD Visiting Professor Jan Völkel, University of Ottawa, zu **indigenen Sichtweisen auf die Präsidentschaftswahl**. Außerdem werfen wir einen Blick auf **Walz' Äußerung zu seinem Austausch mit China**. Zur vertieften Lektüre empfehlen möchten wir die **neueste Publikation des DAAD-geförderten American German Institute (AGI)** in Washington, die sich mit transatlantischer Zusammenarbeit in der nächsten US-Regierung beschäftigt.

TV-Duell: **Das Wunder von Minnesota?**

von Associate Professor Matthias Rothe, U Minnesota

Der Gouverneur von Minnesota und Kandidat für die Vizepräsidentschaft, **Tim Walz**, wird wahlweise gelobt für seine Sozialpolitik oder gescholten. Er habe Minnesota entweder zum schwedischen Wohlfahrtsstaat gemacht (die Washington Post spricht vom Minnesota Miracle) oder zur kommunistischen Republik. Was ist tatsächlich passiert?

Die Democratic Farm Labor Party (DFL) gewann 2022 die Mehrheit in beiden Kammern, House und Senate, das erste Mal seit 2016. Ein Haushaltüberschuss hat zudem den Gesetzgebern eine **komfortable Situation** beschert. Die Demokraten konnten in Minnesota 2023 ohne Blockade durch die Republikaner eine Reihe von Gesetzen verabschieden: bezahlte Familien- und Krankenzeit (bis zu 12 Wochen im Jahr können Menschen sich um Neugeborene oder kranke Familienmitglieder kümmern, allerdings ohne vollen Lohnausgleich), kostenloses Frühstück und Mittagessen an allen öffentlichen Schulen, eine Befreiung von Studiengebühren an staatlichen Colleges und Universitäten für niedrig- und mittelverdienende Familien (das *North Star Promise Program*), Steuervergünstigungen (*tax credits*) für Paare mit Kindern. Als Angriffsfläche für die Republikaner dienen dabei vor allem folgende Gesetzgebungen: Auch Menschen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, können nun den Führerschein erlangen. Das Wahlrecht für Menschen, die ihre Gefängnisstrafe abgeübt haben, bleibt bestehen. Hinzu kommen kostenloses Telefonieren in Gefängnissen, die Legalisierung von Marihuana und einiges mehr.

Solche **Gesetze** entstehen nicht plötzlich im Kopf des Gouverneurs und finden den Weg aufs Gesetzespapier. Hinter der Durchsetzung jedes einzelnen stehen Koalitionen von Nicht-Regierungsorganisationen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit und ihren Expertisen, steht der Gang von Tür zu Tür, um die Abgeordneten zu überzeugen und um Sponsoren zu finden, damit die Gesetzesvorschläge in sogenannten *readings* in verschiedenen Komitees vorgestellt und an die Kammern weitergeleitet werden können, bevor sie, oft verwässert, der Gesetzgeber verabschiedet. Der Gouverneur muss lange nicht einmal davon wissen, aber er unterzeichnet die Vorlagen am Ende. Das ist nicht wenig. Dieser lange Vorlauf, die oft endlos scheinenden Kämpfe durch alle Instanzen, hat also in Minnesota einen glücklichen Augenblick gefunden, den man dann vielleicht auf den Namen Tim Walz bringen kann.

Die Auswirkungen vieler Gesetze sind nicht unerheblich, oder anders gesagt, oft ein guter Anfang. Ein Beispiel aus dem **Bereich Hochschulen**:

An der University of Minnesota, an der ich arbeite – die Studiengebühren betragen etwa 17.000 US-Dollar im Jahr – haben im Herbst 2024 2.900 Studierende von **dem North Star Promise-Programm** profitiert und im Durchschnitt 2.250 USD erhalten. Studierende und solche, die zu studieren beabsichtigen, bewerben sich also nicht direkt auf das neue Programm, sondern wie alle anderen um einen Platz an der Universität, die dann ihren Bedarf ermittelt. Hilfsprogramme, auf die die Studierenden bereits Anspruch haben, werden mit North Star Promise verrechnet und aufgestockt. Auch ein völlig gebührenfreies Studium wird so möglich. Was bleibt, sind die erheblichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Und wer von den Programmen nichts weiß oder nicht einmal daran denkt, dass ein College zu besuchen auch etwas für sie oder ihn sein könnte, dem nutzt North Star Promise noch wenig.

Minnesota ist also ein Wunder mit beschränkter Reichweite, wenn es so etwas überhaupt gibt. Aber es ist ein Anfang, der durchaus Modellcharakter für andere Bundesstaaten haben kann.

TV-Duell: **Walz' Zeit in China**

Das im Kontext der Debatte um Forschungssicherheit auch in Amerika brandheiße Thema **interkulturelle Mobilität und Austausch mit nichtdemokratischen Staaten** stand nicht explizit auf der Agenda der Vizepräsidentendebatte. Dennoch kam es im Laufe der Debatte implizit doch zur Sprache, als Tim Walz von seinen Austauschereferenzen mit China berichtete – beziehungsweise berichten musste, da er sich für eine Fehlansage im Kontext Tiananmen Square rechtfertigen sollte. Walz hatte in früheren Interviews und Kongressanhörungen berichtet, er sei während der pro-demokratischen Proteste am Platz des Himmlischen Friedens 1989 in Hongkong gewesen. Während der Debatte stellte er nun klar, dass er zwar in jenem Sommer in Hongkong war, aber nicht während der gewaltsamen Niederschlagung am 4. Juni 1989.

Walz, der Ende der 80er als einer der ersten amerikanischen Lehrkräfte im Rahmen der World-Teach-Initiative der Harvard University in China lehrte, nutzte die Gelegenheit, um positiv von seinen Auslandserfahrungen und dem **Mehrwert von internationalem Austausch** zu berichten, in diesen Tagen keine Selbstverständlichkeit, noch dazu, wenn es um die Volksrepublik China geht. Walz berichtete von den Initiativen, die er aufgrund seiner eigenen interkulturellen Erfahrungen auch anderen bot: Nach seiner Zeit in China gründeten Walz und seine Frau das Unternehmen Educational Travel Adventures, das Reisen für amerikanische Schülerinnen und Schüler nach China organisierte, um ihnen kulturelle Erfahrungen aus erster Hand zu ermöglichen. So nutzte Walz den Angriff auf seine Glaubwürdigkeit, um die Wichtigkeit des Austauschs für das Verständnis anderer Kulturen zu unterstreichen. Walz wörtlich: "*I came back home and then started a program to take young people [to China]. The issue for that was to try and learn.*"

Lektüreempfehlung: **Transatlantic Cooperation in the Next U.S. Administration**

Anfang Oktober hat der an der Johns Hopkins University in Washington, D.C., angesiedelte transatlantische Think Tank American German Institute (AGI), das der DAAD aus Mitteln des Auswärtigen Amtes fördert, **Empfehlungen für die transatlantische Zusammenarbeit im Kontext der kommenden US-Regierung** veröffentlicht. Die Autorinnen und Autoren, allesamt renommierte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik, entwerfen dabei umsetzbare Strategien für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union, insbesondere im Hinblick auf die sich verändernde politische Landschaft in beiden Regionen. Zentrale Empfehlungen umfassen die Stärkung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zur besseren Bewältigung geopolitischer Herausforderungen, einen koordinierten Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels, die klare Fortsetzung der Unterstützung für die Ukraine einschließlich militärischer Unterstützung und Wirtschaftshilfen, die Förderung einer engeren

Zusammenarbeit in Wissenschaft und Wirtschaft in Bezug auf neue Technologien wie KI und in Fragen des Datenschutzes sowie die Zusammenarbeit in globalen Fragen wie der Terrorismusbekämpfung, Gesundheit und der Gestaltung der Beziehungen zu China.

Den vollständigen Bericht lesen Sie hier:

[Transatlantic-Cooperation-Next-U.S.-Administration.pdf \(americangerman.institute\)](#)

Indigene Sichtweisen auf die US-Präsidentschaftswahl 2024

von Jan Claudius Völkel, DAAD Secoded Professor, Université d'Ottawa

Minderheiten werden einen zunehmenden Einfluss auf die Wahlen in den USA haben – so die Erwartung führender Wahlforscherinnen und -forscher, die sich bei ihren Voraussagen besonders auf die steigenden Einwanderungszahlen aus Mittel- und Südamerika in die USA beziehen. Entsprechend umkämpft sind die Stimmen Zugewanderter bei Republikanern und Demokraten. Indigene Wahlberechtigte spielen aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Zahl auf nationaler Ebene hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Mit ca. 5 Millionen wahlberechtigten Indigenen unter insgesamt 255-260 Mio. wahlberechtigten Amerikanerinnen und Amerikanern machen sie nach Angaben des US Census Bureaus nur etwa 2 Prozent aller Wahlberechtigten aus. Dabei sind sie von den Geschehnissen in Washington besonders betroffen – zumindest diejenigen, die in Reservaten leben, die administrativ dem Bureau of Indian Affairs des US-Innenministeriums angegliedert sind.

Trotz ihrer insgesamt geringen Zahl können **indigene Stimmen wahl(mit)entscheidend** werden, nämlich in Swing States mit vergleichsweise hohen indigenen Bevölkerungszahlen. Joe Bidens Sieg 2020 resultierte auch aus seiner starken indigenen Unterstützung in Arizona, die dort 6% der Bevölkerung ausmachen. Auch in anderen Bundesstaaten, in denen beide Parteien laut Hochrechnungen am Ende nur um wenige hundert bis wenige tausend Stimmen divergieren könnten, können indigene Wählerschaft entscheidend sein.

Dabei sind aus der indigenen Bevölkerung kommende Wählerinnen und Wähler **keine homogene Gruppe**. Sie unterscheiden sich je nach Lebenssituation und Wohnort teils erheblich. 2020 wählten landesweit 44 Prozent der Indigenen für Joe Biden, 41 Prozent für Donald Trump, ein Ergebnis knapper als bei den Wahlen 2016, als lediglich 36 Prozent der Indigenen für Trump stimmten und 56 Prozent für Hillary Clinton, wie die in Montreal ansässige Zeitung Le Devoir am 5. Oktober berichtete.

Auch Kamala Harris erfährt gegenwärtig **eher Wohlwollen als Ablehnung** in indigenen Kreisen. Die Biden-Regierung hat vergleichsweise viel für indigene Belange getan und mit Debra Anne Haaland, Laguna Pueblo aus New Mexico, die erste indigene Ministerin überhaupt in ein föderales Regierungsamt berufen – und gleich ins wichtige Innen-Ressort, was als starkes Zeichen für mehr Rechte der Indigenen aufgefasst wurde.

Kritisch ist jedoch das **Thema Energie**. Hier gilt es, die Ausbeutung seltener Erden und weiterer wertvolle Bodenschätze wie Kupfer in geschützten Reservaten unter effektiver Mitsprache indigener Gruppen anzugehen. In Gegenden, in denen Territorien oftmals auch eine spirituelle Bedeutung für Indigene haben, bekommen Aspekte wie

Umweltverträglichkeitsprüfungen oftmals eine ganz besondere Relevanz. Rein wissenschaftliche Erwägungen hinsichtlich der ökologischen Effekte gehen am Problem vorbei, wenn traditionelle oder spirituelle Abwägungen nicht mitberücksichtigt werden.

Viel wird somit darauf ankommen, wie Kamala Harris diesen Befürchtungen begegnet. Ihre Unterstützung von Fracking-Projekten sowie des neuen „Willow“-Ölförderprojekts lässt Ängste aufkommen, letztlich würde auch sie **ökonomische Interessen** über die Rechte Indigener stellen. Erinnerungen an Harris' Zeit als Attorney General in Kalifornien (2011-2017) kommen irritierend hinzu, als sie gegen den (auch ökonomischen) Schutz bestimmter indigener Reservate argumentierte. Gleichwohl würde eine erneute Trump-Präsidentschaft für viele Indigene die wohl ungleich schlechtere Option darstellen. Dessen Explorationspläne für Öl und andere Bodenschätze gehen weit über das hinaus, was in demokratischen Kreisen als erstrebenswert bzw. als durchsetzungsfähig gilt. Trumps Grenzmauer zu Mexiko durchschneidet heiliges Land der Tohono O'odham. Und auch er hat ein besonderes historisches Päckchen zu tragen. Seine Worte aus einer Kongressanhörung 1993, in der er als Unternehmer im Glücksspielsektor gegen die Konkurrenz indigener Casino-Betreiber mit den Worten „*they don't look like Indians to me*“ anredete, sind aus den Tiefen des Internets wieder aufgetaucht und lösen als Videoclip in den einschlägigen sozialen Medien Empörung aus. In Erinnerung ist ebenso Trumps zweifelhaftes Management der Covid-19 Pandemie, die gerade die oftmals wirtschaftlich und sozial diskriminierten Indigenen empfindlich traf.

Ein weiteres akutes Phänomen unserer Tage könnte Trumps Unterstützung bei Indigenen weiter reduzieren: die aktuellen **Rekord-Hurricanes** in den südlichen Staaten treffen Indigene in besonderer Weise. Ihre Häuser sind oftmals von geringer baulicher Substanz und bieten wenig Schutz gegen Stürme und resultierende Überflutungen oder Erdbeben. Die zunehmende Intensität von Trockenperioden und Waldbränden bedroht indigene Existenzen ganz besonders, zumal kommunale Notfallpläne in ihren Gebieten oftmals unterentwickelt, wenn überhaupt existent sind. Auch können sie aufgrund ihrer Landverbundenheit weniger mobil in andere Gegenden umziehen, sollten die Stürme weiterhin so zerstörerisch wüten. Insofern könnte das Interesse an effektiven Klimaschutzmaßnahmen das Zünglein an der Waage darstellen, das viele Indigene eher zu Kamala Harris denn zu Donald Trump tendieren lässt. Dies alles nicht zuletzt auch deshalb, weil nur dann tatsächlich mehr Mitsprache Indigener in der künftigen US-Politik zu erwarten ist.